



Presseschau vom 24.07.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Dagmar Henn: Björn Höcke und die Demokraten – Possenspiel im Thüringischen Landtag

Und schon steht Thüringen wieder im Focus, weil die Landtagswahlen abgesagt wurden und die AfD so tat, als könne sie einen Ministerpräsidenten wählen lassen. Die Demokratie wurde vermeintlich tapfer verteidigt. Wurde sie das wirklich? ...

<https://kurz.rt.com/2lj8>

Dagmar Henn: Haiti: Zwischen Aufstand und Invasion

Am vergangenen Wochenende beschloss eine Gruppe ausländischer Botschafter kurzerhand, dass nicht Claude Joseph, sondern Ariel Henry Premierminister von Haiti wird. Seit Anfang vergangenen Jahrhunderts bestimmen vor allem die USA, wer in Haiti regiert. ...

<https://kurz.rt.com/2ld2>

Christian Kreiß: Ein Crash ist eingebaut – der hohe Stromverbrauch zwingt Bitcoin in ein Ponzi-System

Der Bitcoin verbraucht seit seiner Einführung 2009 immer mehr Strom. In dem Moment, in dem keine oder nicht mehr ausreichend viele Neugelder in Bitcoin-Anlagen fließen, bricht das Ponzi-Schema zusammen – und der Bitcoin crasht. Der permanent wachsende Stromverbrauch ist ein Konstruktionsfehler von Bitcoin. Ein Absturz ist einprogrammiert. ...

<https://kurz.rt.com/2132>

abends/nachts:

de.rt.com: **Wegen illegaler Migration: Österreich schickt Elitepolizisten an die litauisch-weißrussische Grenze**

Wegen verstärkter illegaler Migration an der litauischen EU-Außengrenze zu Weißrussland wird Österreich mehr als ein Dutzend Elitepolizisten samt Ausrüstung dorthin schicken. Dies kündigte der Innenminister an. Man wolle sich demnach nicht von Minsk erpressen lassen. Wegen illegaler Migration: Österreich schickt Elitepolizisten an die litauisch-weißrussische Grenze

Der Schutz der Außengrenze bedeute auch, die eigenen Grenzen zu schützen, erklärte Österreichs Innenminister Karl Nehammer am Donnerstag in Wien. Er verkündete, dass die Alpenrepublik zur Unterstützung gegen illegale Migration von Weißrussland aus mehrere Polizisten der Spezialeinheit Cobra nach Litauen schicken wird. Nehammer sagte: "Wir entsenden daher 13 Cobra-Beamte mit Ausrüstung und gepanzertem Fahrzeug an die Ostgrenze. Es ist selbstverständlich, dass wir gerade im Kampf gegen illegale Migration solidarisch an der Seite der EU-Partner stehen."

Ab Anfang August sollen sie für "mehrere Wochen" litauischen Kollegen an der litauisch-weißrussischen Grenze Hilfe leisten. Das EU-Land hatte zuletzt vermehrt illegale Einreisen aus dem Nachbarland registriert. Litauen hatte der politischen Führung in Minsk vorgeworfen, Migranten absichtlich in die EU zu schicken und ihnen den Grenzübertritt bewusst zu erleichtern. Demnach sei dies eine Reaktion Minsk auf die zuletzt verhängten EU-Sanktionen gegen Weißrussland.

Vilnius habe das Hilfsangebot dankend angenommen, zitiert der österreichische Rundfunk ORF den Innenminister. Von der EU forderte Nehammer zugleich Unterstützung für die litauischen Pläne zum Bau eines Zaunes entlang der insgesamt 680 Kilometer langen Grenze zu Weißrussland.

Laut dem österreichischen Innenminister darf sich die EU nicht vom weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko erpressen lassen.

Auch Griechenland hatte Vilnius vor wenigen Tagen angeboten, Experten und technische Mitteln zu schicken, um den Flüchtlingsstrom aus Weißrussland einzudämmen. In den vergangenen Tagen hatten mehrere Hundert Migranten die Grenze nach Litauen passiert und waren so in die EU gelangt. Den Aussagen des österreichischen Innenministers zufolge stammen die Migranten vor allem aus dem Irak, dem Kongo, Afghanistan, Kamerun und Guinea.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60fad15248fbef448d493486.JPG>

de.rt.com: **Afghanische Regierung wirft Taliban Massaker vor**

In den letzten Wochen konnten die islamistischen Taliban bedeutende Erfolge gegen die Truppen der afghanischen Regierung in Kabul verzeichnen. Vor dem Hintergrund des Abzugs westlicher Truppen aus dem Land erhebt Kabul jetzt schwere Vorwürfe gegen die Taliban.

Afghanische Regierung wirft Taliban Massaker vor

Ein afghanischer Regierungsvertreter hat behauptet, dass mehr als 100 Bewohner des Ortes Spin Boldak von den Taliban unter dem Vorwurf, Regierungssympathisanten zu sein, verschleppt und getötet worden seien. Das sagte Fawad Aman, ein Sprecher des Verteidigungsministeriums, gegenüber Sputnik. Aman erklärte:

"Sie massakrieren die Menschen in den von ihnen kontrollierten Teilen des Bezirks. Sie überfallen ihre Häuser, plündern ihr Hab und Gut und töten sie."

Er behauptete, dass die Tötungen von Zivilisten durch die Taliban-Kämpfer seit dem Ende der Feierlichkeiten zum islamischen Opferfest am 21. Juli zugenommen hätten.

Der afghanische Beamte behauptete auch, dass bestimmte Teile des strategisch günstig gelegenen Bezirks noch immer unter der Kontrolle der Taliban stünden, nachdem die afghanischen Nationalen Sicherheitskräfte (ANSF) letzte Woche eine Sicherheitsoperation gestartet hatten, um ihn von der islamistischen Rebellengruppe zurückzuerobern.

Die Taliban nahmen am 14. Juli die Stadt in der afghanischen Provinz Kandahar ein. Damit kontrolliert die islamistische Gruppe zum ersten Mal seit 20 Jahren die Stadt.

Aman sagte, dass die Taliban noch immer die Kontrolle über den Grenzübergang hätten, bei dem es im Durchschnitt zu täglich über 70.000 Übergängen zwischen der pakistanischen Provinz Belutschistan und der afghanischen Provinz Kandahar kommt. Der afghanische Regierungsvertreter erklärte:

"Wir werden diese Teile des Bezirks (Spin Boldak) bald befreien."

Die Taliban selbst dementierten den Bericht vehement. Der Chefsprecher der Taliban, Suhail Shaheen, "wies" den Vorwurf zurück, die Gruppe sei an der Tötung von Zivilisten beteiligt.

Gegenüber Sputnik sagte er:

"Sie wollen nur eine Rechtfertigung für ihren vermeintlichen Offensivplan gegen unsere in Spin Boldak stationierten Kräfte finden."

Unter Berufung auf einen Bericht des afghanischen Senders TOLO News behauptete der Vizepräsident Afghanistans, Amrullah Saleh, unter den Opfern seien Sportler, Videoblogger und Personen, die im Verdacht stünden, mit dem in Pakistan lebenden Nachbarvolk der Belutschen zu sympathisieren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60fa86c748fbef66d078d52a.jpeg>

belta.by: **Der Westen hat die Globalisierung aufgegeben und will wie eine Metropole mit Kolonie leben – Schuk**

Der Westen hat die Globalisierung aufgegeben und will wie eine Metropole und Kolonie leben. Diese Meinung wurde vom Chefredakteur des Verlags "Belarus Heute" Dmitrij Schuk in der Sendung "Klub der redakteure" des Fernsehsenders "Belarus 1" geäußert, teilt BelTA mit.

Dmitrij Schuk machte darauf aufmerksam, dass die Militärationen des Westens in anderen Regionen Monster hervorgebracht haben: Die Invasion des Irak führte zur Gründung des IS, der Krieg in Syrien stärkte diese Terrororganisation und die radikale Taliban-Bewegung ist jetzt aktiv in Afghanistan.

"Wir haben einmal über Globalisierung gesprochen, darauf gewartet, gesagt, sie sei gut. Der Westen hat das aufgegeben, er hat aufgehört, dieses Spiel zu spielen. Er will leben wie eine Metropole mit Kolonien", sagte der Chef der Medienholding. Aber da der Durchdringungsgrad sowohl der Technologien als auch der Finanzen in der heutigen Welt (entschuldigen Sie, nicht im 18. und erst recht nicht im 17. Jahrhundert) ganz anders ist, können sie das alles nicht bewältigen und verursachen ein buchstäbliches Chaos. Das Ziel ist das gleiche - zu schwächen. Aber es gibt einen "kleinen" Nebeneffekt: Jene Menschen, die sich in ihren Häusern unwohl und schlecht fühlen, beginnen, zum Nachbarhaus zu gehen und dort das Territorium zu übernehmen. Das ist es, was sie in der heutigen Welt hervorgebracht haben"

Laut Dmitrij Schuk sind die aktuelle Migration in westliche Länder und die Ereignisse auf litauischer Seite erst der Anfang des Prozesses. "Im Irak ist seit mehr als 10 Jahren eine ganze Generation herangewachsen, die außer Waffen nichts in ihren Händen hielt. Und sie werden dorthin gehen. ... Sie (der Westen - BelTA) änderten die Philosophie der Entwicklung dieser Regionen. Und diese Regionen (wir müssen das Wichtigste verstehen) sorgen im Gegensatz zum alten Europa für ein Bevölkerungswachstum. Diese Welle wird sowieso überwältigend sein“, ist der Chefredakteur überzeugt.



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1627072848_451936_big.jpg

snanews.de: **Verstoß gegen UN-Vereinbarungen: Sicherheitsrat verurteilt türkisches Vorgehen im Zypernkonflikt**

Der UN-Sicherheitsrat hat das aktuelle Vorgehen der Türkei im Zypernkonflikt verurteilt. Ankara hat die Kritik jedoch zurückgewiesen.

Am Dienstag hatte Nordzypern – der seit 1974 türkisch besetzte Teil der Insel – bekannt gegeben, dass es Teile der verlassenen Küstensiedlung Varosha wieder besiedeln wolle. Dies widerspreche den UN-Vereinbarungen, daher hat sich der UN-Sicherheitsrat am Freitag auf eine gemeinsame Stellungnahme geeinigt. Darin heißt es, „jeder Versuch, einen Teil von Varosha durch andere Personen als seine Einwohner zu besiedeln“, sei unzulässig. Der Text

wurde auch offiziell angenommen.

Ankara wies die Kritik des Sicherheitsrats umgehend zurück. Die internationale Haltung im Zypern-Konflikt „stimme nicht mit den dortigen Realitäten“ überein, hieß es. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte bei einem Besuch im Nordteil Zyperns am Dienstag die Pläne zur Öffnung der Geisterstadt Varosha vorangetrieben und eine fortgesetzte Teilung der Insel befürwortet. Diese Äußerungen lösten international Empörung aus.

Die deutsche Bundesregierung beklagte, die Türkei erschwere die Bemühungen um die Wiederaufnahme der Zypern-Gespräche und gefährde die „Fortschritte der letzten Monate in den EU-Türkei-Beziehungen“. Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian beschuldigte Erdogan einer Provokation.

Der Geisterort Varosha, in dem einst griechische Zyprioten lebten, darf nach internationaler Vereinbarung nur unter UN-Mandat wieder besiedelt werden. International wurde die Ankündigung Nordzyperns kritisiert. Dies zerstöre die Bemühungen, die Insel irgendwann wieder zu vereinen. UN-Vertreter scheitern seit Jahrzehnten an Vermittlungen zur Überwindung der Teilung. Ankara sieht keine Chance mehr auf eine Wiedervereinigung und fordert die Schaffung zweier unabhängiger Staaten. Das wiederum wollen weder die griechischen Zyprioten noch die EU noch die Vereinten Nationen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/07/1599832_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_fb7dcef84168119ec9f3b0f4d0895abc.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 22. Juli 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

rusvesna.su: Litauen geht der Stacheldraht für den Zaun an der Grenze zu Weißrussland aus

In Litauen wurde der Bau der Barriere an der Grenze zu Weißrussland ausgesetzt, weil dem Land der Stacheldraht ausgegangen ist.

Dies teilte der litauische Verteidigungsminister Arvydas Anushauskas mit.

„Alle Stacheldrahtvorräte der litauischen Armee sind aufgebraucht, jetzt werden Lieferungen aus anderen Ländern erwartet“, erklärte der Minister.

Die litauische Regierung musste an ihre Nachbarn appellieren, aber nicht alle sind bereit, ihren Stacheldraht mit Vilnius zu teilen. Daher lehnten die polnischen Behörden den Antrag ab.

„Das nächste Land ist Polen, aber Polen braucht Stacheldraht vor allem für die eigene Grenze.“

Derzeit laufen Verhandlungen mit Dänemark und Slowenien, und es wird die Möglichkeit geprüft, Stacheldraht als Spende zu erhalten“, fügte das litauische Verteidigungsministerium hinzu.

Es wird berichtet, dass die Europäische Union bereit ist, Vilnius bei der Beschaffung von Draht zu unterstützen.

Litauen begann am 9. Juli mit dem Bau einer 550 km langen Barriere an der Grenze zu Weißrussland. Vilnius behauptet, dass mit Duldung der belarussischen Behörden ein Strom illegaler Migranten in die baltischen Staaten ströme, die Weißrussland als Transitpunkt auf ihrem Weg in die EU nutzen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/provolka.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 23. Juli 3:00 Uhr bis 24. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen: (Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaften: **Donezk (Volvo-Zentrum), Wesjoloje, Staromichajlowka, Sosnowskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 52.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Über Gewalt und Taliban-Offensive besorgt: USA und EU rufen zu Waffenstillstand in Afghanistan auf

Die USA und die EU haben den afghanischen Staat und die Taliban dazu aufgerufen, einen Waffenstillstand zu schließen und nach einer politischen Lösung der Situation zu suchen. Die Taliban sollen die bewaffneten Angriffe in Afghanistan stoppen, wird in der Erklärung

zwischen der EU und den USA mitgeteilt.

„Wir sind zutiefst besorgt über das hohe Maß an Gewalt, die Militäroffensive der Taliban und die Zahl der gemeldeten schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in den am stärksten vom anhaltenden bewaffneten Konflikt betroffenen Gemeinden.“

Ferner heißt es in dem Text: „Wir fordern die beiden Parteien nachdrücklich dazu auf, einen dauerhaften und umfassenden Waffenstillstand sowie die grundlegenden Prinzipien für den künftigen afghanischen Staat und die Einzelheiten der Übergangsregelungen zu vereinbaren, bis eine endgültige politische Einigung erreicht ist.“

Der Mitteilung zufolge sollen alle Parteien einen humanitären Zugang zu den von ihnen kontrollierten Regionen sichern sowie „die Sicherheit von ausländischen Botschaften und anderen diplomatischen Vertretungen, von multilateralen Organisationen, Vertretern von Medien, Flughäfen und Non-Profitorganisationen im Land sowie deren afghanischen und internationalen Mitarbeiter gewährleisten.“

In dem Statement sind die fünf wichtigsten Elemente für die endgültige Konfliktregelung aufgelistet: inklusive Regelungen; das Recht, politische Leiter zu wählen; Schutz der Menschenrechte, einschließlich Frauen-, Jugend- und Minderheitenrechte; Verpflichtungen im Kampf gegen Terrorismus und die Einhaltung des Völkerrechts.

Die EU und die USA haben die Taliban dazu aufgerufen, zusammen mit der Regierung konstruktiv am Friedensprozess teilzunehmen, die Infrastruktur zu schützen, das Ausmaß der Gewalt zu reduzieren, die Zivilbevölkerung unter Schutz zu nehmen sowie im Bereich der humanitären Hilfe, insbesondere in Zeiten der Pandemie, zusammenzuarbeiten.

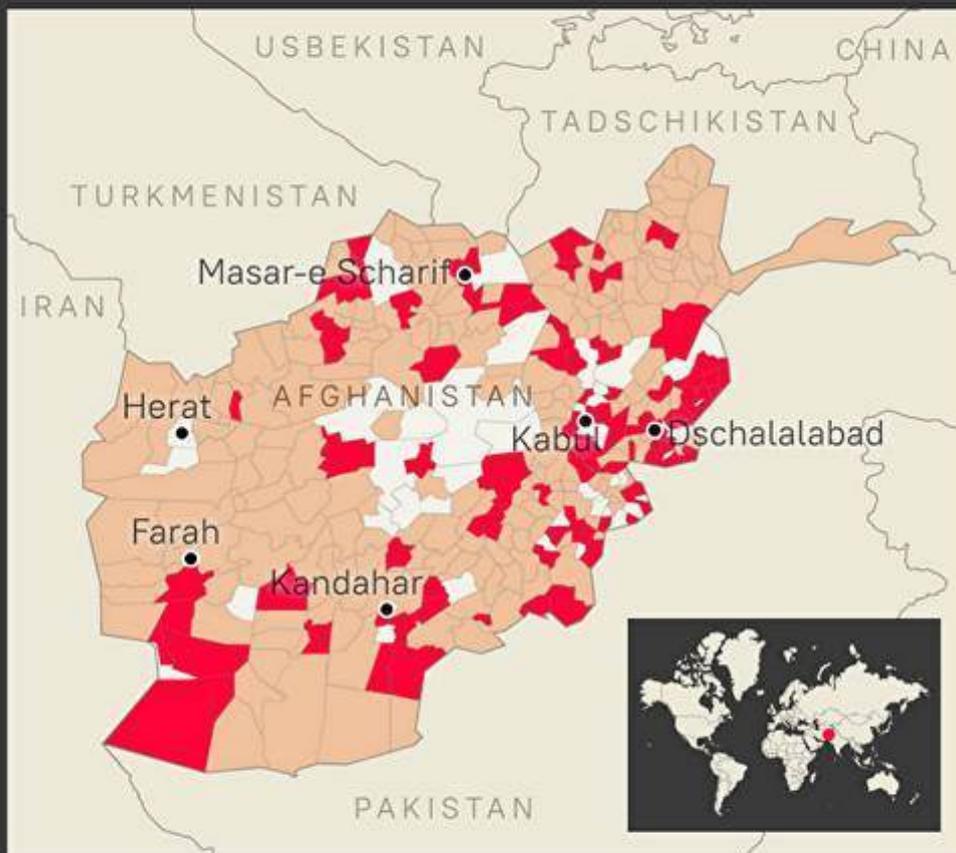
„Wir fordern die Taliban dazu auf, ohne Vorbedingungen und im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht den Zugang für die Lieferung humanitärer Hilfe in die von ihnen kontrollierten Gebiete zu ermöglichen und zu erleichtern.“

Washington und Vertreter der Taliban hatten 2020 in Doha das erste Friedensabkommen seit Beginn des Krieges vor 18 Jahren geschlossen. Laut dem Dokument sollen die ausländischen Kontingente abziehen und die Gefangenen ausgetauscht werden. Zudem sollte ein innerafghanischer Dialog aufgenommen werden.

Die von den Taliban besetzten afghanischen Provinzen

Die Lage am 13. Juli

- Von den Taliban kontrollierte Gebiete
- Staatlich kontrollierte Gebiete
- Gebiete mit Kampfhandlungen



Quellen: longwarjournal.org,
fdd.org



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/0f/2846546_0:0:680:1034_1440x900_80_0_1_94097664_f7cf82e7210e35187a24d3a2.png?source-sid=sna_infographics

Lug-info.com: In der LVR sind am 24. Juli um 9:00 Uhr 6155 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 4976 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 546 Todesfälle.

snanews.de: Nach US-Maßnahmen wegen Sicherheitsgesetz in Hongkong: China verhängt Sanktionen

China erlässt Maßnahmen gegen mehrere US-amerikanische Einzelpersonen und Organisationen als Reaktion auf die jüngsten US-Sanktionen gegen chinesische Beamte in Hongkong. Die entsprechende Mitteilung erschien am Freitag auf der Webseite des chinesischen Außenministeriums.

Der Mitteilung zufolge richten sich Chinas Gegensanktionen gegen die sogenannte „Hong Kong Business Advisory“, die das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums vor einer Woche veröffentlicht hatte. Laut China sind dies „illegale Sanktionen“, die „gegen das Völkerrecht verstoßen“ und darauf abzielen, das Geschäftsumfeld in Hongkong „grundlos zu verleumden“. Auf der Schwarzen Liste der USA landeten sieben Vizedirektoren des Verbindungsbüros der Zentralen Volksregierung in der Sonderverwaltungszone Hongkong.

Daraufhin beschloss China, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und Sanktionen gegen sieben US-Personen und -Einrichtungen gemäß dem Anti-Auslandssanktionsgesetz zu verhängen. Diese sollen kurz vor dem Besuch der amerikanischen Vizeaußenministerin Wendy Sherman in der Volksrepublik in Kraft treten. Die Sanktionen richten sich gegen den früheren US-Handelsminister Wilbur Ross, den ehemaligen Direktor des Büros für China des US-Kongresses, Jonathan Stivers, und den Vorsitzenden des Nationalen Demokratischen Instituts der USA, Kim Do-Young.

Betroffen sind unter anderem der Bevollmächtigte des Internationalen Republikanischen Instituts in Hongkong, Adam King, die Vorsitzende der Wirtschafts- und Sicherheitsüberwachungskommission des US-Kongresses für China, Caroline Bartholomew, sowie die Direktorin von Human Rights Watch China, Sophie Richardson. Weitere Details zu den Sanktionen werden nicht bekanntgegeben.

Laut der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, lassen sich die USA von Chinas Gegenmaßnahmen nicht „abschrecken“.

Mit der „Hong Kong Business Advisory“ wollen die USA gegen das umstrittene Sicherheitsgesetz vorgehen, das im letzten Jahr als Reaktion auf anhaltende Proteste in Hongkong eingeführt wurde. Dutzende Festgenommene mussten sich wegen Anklagen nach dem ebenso vage gehaltenen wie weitreichenden Gesetz vor Gericht verantworten.

Peking tritt damit gegen die Kritiker in Hongkong auf, die behaupten, dass die Hafenstadt im Einklang mit den Vereinbarungen für die Rückgabe der früheren britischen Kronkolonie 1997 an China weitgehende Autonomie und Freiheitsrechte genießen sollte.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/07/18/2955128_0:231:2823:1819_1440x0_80_0_0_cac106acd88b9554decf3babe6cf8ecb.jpg

Mzdnr.ru: Am 23. Juli wurden in der DVR 575 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt,

davon waren 203 positiv, bei 27 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt. Am 24. Juli um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 46.667 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3407 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 39.732 als gesund entlassen, es gibt 3528 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 145 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 5 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 104 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1379 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 622 mit Sauerstoffunterstützung (+48 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2081 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

snanews.de: Venezuela wirft USA Luftraumverletzung vor

Ein amerikanisches Transportflugzeug vom Typ C-17 hat Venezuelas Luftraum verletzt. Das teilte der Pressedienst des venezolanischen Verteidigungsministeriums mit.

Der Vorfall ereignete sich demnach am Donnerstagabend ungefähr 14 Seemeilen vom westlichsten Teil der Sierra de Perija, Bundesstaat Sulia, entfernt, zwischen 20:47 Uhr und 20:50 Uhr (Ortszeit) und dauerte drei Minuten. Das Ministerium betonte, dass diese „himmelschreiende Provokation“ im Rahmen der Militärübungen stattfand, die von amerikanischen Streitkräften zusammen mit kolumbianischen Landtruppen in Antioquia und Cundinamarca durchgeführt wurden. An den Übungen nahmen amerikanische Kampfflieger F-16 teil, fügten die Ministeriumsvertreter hinzu.

Der venezolanische Staatschef Nicolas Maduro forderte Wachsamkeit und eine entschlossene Reaktion auf jede Aggression.

Anfang 2019 hatten in Venezuela Massenproteste gegen den amtierenden Präsidenten des Landes, Nicolás Maduro, stattgefunden, kurz nachdem er seine zweite Amtszeit als Präsident angetreten hatte. Der venezolanische Oppositionsführer Juan Guaidó, der von Januar 2019 bis Januar 2020 als Präsident der Nationalversammlung fungierte, rief sich als Interimspräsident aus, wonach die USA und europäische Länder ihn als neuen Staatschef anerkannten.

Russland, China, die Türkei und mehrere andere Länder unterstützten Maduro als legitimen Präsidenten.

Inzwischen haben die meisten Länder die Anerkennung zurückgezogen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/07/18/2955577_0:0:3083:1734_1440x0_80_0_0_e07a71174373cdcdc582401c826d40db.jpg

de.rt.com: Russland schickt über 88 Tonnen Hilfsgüter nach Kuba

Nach massenhaften Protesten auf Kuba hat Russland beschlossen, dem Karibikstaat im

Kampf gegen die COVID-19-Pandemie zu helfen. Am Samstag hoben vom Flughafen Tschkalowski bei Moskau zwei Transportflugzeuge mit insgesamt gut 88 Tonnen humanitärer Hilfe an Bord ab.

Das russische Verteidigungsministerium hat am Samstag nach Kuba humanitäre Hilfe geschickt. Am Samstag hoben vom Flughafen Tschkalowski bei Moskau zwei Transportflugzeuge des Typs Antonow An-124 Ruslan mit insgesamt mehr als 88 Tonnen Hilfsgüter an Bord ab. Die Militärbehörde teilte mit, dass die Lieferung im Auftrag des russischen Präsidenten Wladimir Putin erfolge. Die Ladung bestehe aus Lebensmitteln und persönlichen Schutzmitteln für den Kampf gegen das Coronavirus, darunter gut eine Million Masken.

Am Freitag hatte das Karibikland mit 7.784 neuen SARS-CoV-2-Fällen an einem Tag einen neuen Negativrekord aufgestellt. 66 Patienten starben am selben Tag im Zusammenhang mit der Krankheit COVID-19. Somit stieg die Gesamtzahl der testpositiven Toten seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Inselstaat mit rund zwölf Millionen Einwohnern auf über 2.200. Die kubanischen Gesundheitsbehörden vermeldeten bislang insgesamt über 316.000 Corona-Fälle.

Im Juli war es auf Kuba zu massenhaften Protestaktionen gekommen. Eine der Ursachen war ein Mangel an Medikamenten gegen die Krankheit COVID-19. Die Regierung in Havanna warf den USA vor, hinter den Demonstrationen zu stecken. Menschenrechtler sprachen ihrerseits von Hunderten Festnahmen und Gefängnisstrafen im Schnellverfahren. Kubas Wirtschaft leidet stark unter dem Einbruch des Tourismus in der COVID-19-Pandemie sowie unter US-Sanktionen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.07/article/60fc0bac48fbef175a00c67f.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 24.07.2021

In den letzten 24 Stunden wurden **fünf Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt. Der Gegner hat 52 Geschosse auf Ortschaften der Republik abgefeuert, davon 27 Mösergeschosse des Kalibers 120mm.

In Richtung Donezk haben Kämpfer des 16. Bataillons der 58. Panzergrenadierbrigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Kaschtschenkos von den Positionen im Gebiet von Opytnoje aus **Wesjoloje** mit 120mm-Mörsern beschossen und sechs Mörsergeschosse abgefeuert. Und von den Positionen in der Nähe von Peski wurde zweimal das Feuer mit 120mm-Mörsern auf **Wesjoloje** und den **Flughafen von Donezk** eröffnet und 21 Mörsergeschosse abgefeuert.

Straftruppen des 2. Bataillons der 28. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Martschenko haben von den Positionen im Gebiet von Krasnogorowka aus

Staromichajlowka mit Antipanzergranatwerfern beschossen und fünf Granaten abgefeuert. In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 128. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Pawlopol aus das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf **Sosnowskoje** eröffnet und 20 Granaten abgefeuert. **Seit Beginn des heutigen Tages** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 128. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Schirokeino aus das Feuer mit Antipanzergranatwerfern und Unterlaufgranatwerfern auf **Leninskoje** eröffnet und 17 Granaten abgefeuert. Außerdem wurden Schusswaffen eingesetzt. Strafruppen des 109. Bataillons der 10. Brigade haben von den Positionen in Leninskoje aus unter Kommando Kotliks **Gorlowka** mit Antipanzergranatwerfern, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Kämpfer eines Panzergrenadierbataillons der 72. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus auf Befehl des Kriegsverbrechers und Brigadekommandeurs Bogomolow **Jakowlewka** mit 82mm-Mörsern beschossen und drei Mörsergeschosse abgefeuert. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

Alle Versuche der Vertretung der DVR im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert.

Einheiten der Volksmiliz haben entsprechend Punkt „e“ der Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen Beschuss der ukrainischen Kämpfer gezwungenermaßen das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erwidert und die Feueraktivität des Gegners unterdrückt.**

Die Verluste der ukrainischen Kämpfer werden noch ermittelt.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen sechs Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind. Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade: zwei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge im Hofe eines Wohnhauses in der Polewaja-Straße in Karlowka.

Außerdem wurden im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ vier Abwehraketenkomplexe „OSA“ in Wirtschaftsgebäuden und auf einem offenen Platz in der Nähe von Wohnhäusern in Kalinowo entdeckt.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 28. und 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Marjinka und Starognatowka zu blockieren. Außerdem haben Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade zweimal das Feuer mit Schusswaffen auf Drohnen der Mission eröffnet und 57 Salven auf eine Drohne abgegeben, die das Regime der Feueereinstellung im Abschnitt Starognatowka-Bogdanowka kontrollierte. Wir merken an, dass dies nicht der erste Fall ist, dass Kämpfer der 93. Brigade die Route und Zeit des Fluges einer Drohne der OSZE wissen und zielgerichtete Versuche unternehmen, die Arbeit der Mitarbeiter der Mission zu blockieren.

Weitere nicht kampfbedingte Verluste haben wir im 109. Bataillons der 10. Brigade festgestellt. Beim Ausheben eines Schützengrabens auf den Positionen der 3. Kompanie geriet der Soldat Lipko, der zur Durchführung technischer Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen aus der 2. Kompanie des 109. Bataillons abkommandiert worden war, auf eine Antipersonenmine PMN-2, die von Pionieren der Brigade installiert worden war. Der Kämpfer wurde in ernstem Zustand in ein Krankenhaus in Tschassow Jar eingeliefert. Im

Zusammenhang damit erteilte der Brigadekommandeur Kotlik die den Kommandeuren der unterstellten Einheiten die Anweisung, den Verkehr von Personal und Technik im Frontbereich zu beschränken.

In den Einheiten der 128. Gebirgssturmbataillon ist die Arbeit einer **Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zur Kontrolle der alltäglichen Aktivitäten** festzustellen. Es wurde festgestellt, dass im 1. und 2. Bataillon keine Buchführung über das Personal organisiert ist. Auf den Frontpositionen befindet sich Personal, das nicht den Befehlen entspricht. Es wurden vier Soldaten entdeckt, die sich angeblich auf den Positionen befinden, aber faktisch als Personen erfasst sind, die eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben. Auf den Frontpositionen eines Panzergrenadierbataillons sind die Lebensbedingungen nicht zufriedenstellend, es sind Unterbrechungen bei Lebensmittellieferungen festzustellen, im Zusammenhang damit sind die Kämpfer gezwungen, sich Nahrung durch Jagd und Fischfang zu beschaffen und riskieren dabei, auf eigene Minen zu geraten.

Ein weiterer Vorfall unter Beteiligung ukrainischer Soldaten ereignete sich in der Oblast Nikolajewa bei den Übungen „Cossack Maze – 2021“. In der Abschlussetappe der Übungen beschossen Panzersoldaten der 54. Brigade die in der Nähe liegende Ortschaft Tschemerlijewo und beschädigten ein privates Gebäude. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft der Oblast Nikolajewa war Ursache des Geschehens die Unorganisiertheit der Mannschaft, in der nur der Mechaniker/Fahrer seine Funktion entsprechend dem Befehl in dem ihm zugeteilten militärischen Gerät ausführte, der Kommandeur und der Richtschütze waren aus anderen Mannschaften gewählt worden und auch die Ausrüstung des Panzers war nicht geprüft worden. In der Brigade wurde eine Überprüfung zu Verstößen gegen die Disziplin angesetzt sowie Überprüfungen der Schießfertigkeiten.

Es muss angemerkt werden, dass der Vorfall bei sogenannten Kontrollschüssen vor den Augen britischer Instrukteure geschah, die nach dem Plan des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte eine hohe Bewertung über die Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte bei der Analyse der durchzuführenden Übungen für das Kommando der NATO abgeben sollte.

snanews.de: **Pakistan entsendet sein Militär zur afghanischen Grenze**

Die pakistanischen Behörden haben ihre Armee zur afghanischen Grenze entsandt, um mögliche Grenzübertritte von Militärs und Milizen zu stoppen, berichtet die Zeitung „Dawn“ unter Berufung auf den pakistanischen Innenminister Sheikh Rashid Ahmad.

„Jetzt kontrollieren reguläre Armeetruppen die Grenze, nachdem sie die paramilitärischen Kräfte dort ersetzt haben“, teilte Ahmad mit. Seinen Worten zufolge erfordere die Situation nicht nur die Eindämmung des Flüchtlingsstroms aus Afghanistan, sondern auch die Eindämmung der Einreise bewaffneter Militärs und Milizen.

Die pakistanischen Armeemitglieder werden eingesetzt, um solchen Problemen, wie es illegale Grenzübertritte oder Schmuggel sind, zu begegnen. Aber die aktuelle Situation in Afghanistan erfordert, dass reguläre Armeetruppen entlang der Grenze stationiert werden. Mittlerweile betonte der Innenminister, dass der Kampf in Afghanistan dessen innere Angelegenheit sei und Pakistan keine Partei nehme und keine Favoriten habe.

„Es ist höchste Zeit, dass afghanische Politiker und die militärische Führung lernen, mit ihren Problemen umzugehen“, so Ahmad.

Pakistanische Militärangehörige werden an der Grenze zu Afghanistan stationiert, da sich die Spannung im Nachbarland nach dem weitgehenden Abzug amerikanischer Truppen aufbaut. Mehr als 95 Prozent des US-Kontingents haben das Land bereits verlassen. Schluss mit dem US-Einsatz sollte ursprünglich am 11. September sein, doch laut Biden endet die Mission trotz der Offensive der Taliban etwas früher, nämlich am 31. August.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/10/2861119_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_c5bdcc1d2515d825cfa9eb9e5799c6b1.jpg

snaneews.de: **Afghanische Armee tötet Schatten-Gouverneur der Taliban**

Die afghanische Armee hat den Schatten-Gouverneur von der Taliban-Bewegung, Mullah Halim, liquidiert. Das teilte das Verteidigungsministerium der Republik via Twitter mit. Halim wurde im Distrikt Karokh in der westafghanischen Provinz Herat getötet, die die Regierungskräfte von den Terroristen befreit haben.

Bei der Operation wurden insgesamt 20 Taliban-Kämpfer, darunter zwei Kommandeure, neutralisiert. Weitere 50 Personen wurden verletzt.

Die Situation in Afghanistan hat sich in diesem Sommer verschärft: Weite ländliche Gebiete sind von den Terroristen erobert worden. Sie haben auch eine Offensive gegen größere Städte gestartet, die von den Regierungstruppen geschützt werden.

Dies trotz der Tatsache, dass im September 2020 Friedensverhandlungen zwischen den Gegenparteien gestartet worden waren. Im selben Jahr hatte Washington in Doha das erste Waffenstillstands-Abkommen seit mehr als 18 Jahren unterzeichnet. Das Dokument sieht den Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan und die Aufnahme eines innerafghanischen Dialogs nach einem Gefangenenaustausch vor.

Das Weiße Haus hat versprochen, seinen Einsatz in Afghanistan zum 11. September zu beenden.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/07/0a/2784018_0:186:2981:1863_1440x0_80_0_0_cb8ce74c8d41d832245cbdce0d17bd5a.jpg